

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Maßnahmenpaket für Bienenschutz

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Einflussbereich und bei der Bundesregierung dafür einzutreten,

- 1) den Einsatz von besonders bienenschädlichen Giftstoffen wie Imidacloprid, Thiamethoxam, Clothianidin, Fipronil, Chlorpyrifos, Cypermethrin und Deltamethrin möglichst umfassend zu verhindern;
- 2) dass Mais nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren auf der gleichen Fläche angebaut werden darf;
- 3) die notwendigen Voraussetzungen und Auswirkungen einer flächendeckenden Fruchtfolge wissenschaftlich zu untersuchen, insbesondere bezüglich der betrieblichen Praxis der unterschiedlichen Agrarbetriebe;
- 4) die boden- und umweltfreundliche Fruchtfolge auf Basis der zur erarbeitenden wissenschaftlichen Ergebnisse möglichst umfassend zur Anwendung bringen;
- 5) die boden- und umweltfreundliche Fruchtfolge im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) möglichst verbindlich zu verankern;
- 6) ein Forschungsprogramm für die ökologische Bekämpfung des Maiswurzelbohrers und des Drahtwurms zu initiieren.

Begründung

Die Berichte über das Bienensterben haben sich im Frühjahr 2015 massiv verdichtet. Vereinzelt kam es zu Totalausfällen, in ganzen Regionen ist von einem massiven Bienensterben im Ausmaß von 40, 50 oder gar 70 Prozent die Rede. Auch der amtsärztliche Dienst des Landes Oberösterreich vermeldet eine deutliche Steigerung der Bienenvölker-Verlustmeldungen nach dem Bienenseuchengesetz. Hinzu kommt eine topaktuelle und unabhängige Studie der EU, die einen Zusammenhang zwischen Pestizideinsatz und Bienensterben nachweist. Zusätzlich zu den Bienen werden durch die Pestizide auch die wild lebenden Bestäuber, wie Hummeln und Schmetterlinge geschädigt. Die natürliche Bestäubung und der Selbstschutz des Ökosystems gegenüber Krankheiten und Schädlingen werden gefährdet.

Wenn dagegen keine Maßnahmen gesetzt werden, droht ein ökologischer Teufelskreis, der letztlich zu immer mehr Giftmitteleinsatz und einer immer chemischeren Agrarwirtschaft führen würde. Die Biene, das drittwertvollste Nutztier des Menschen, kann ihrer angestammten Aufgaben nicht mehr im erforderlichen Ausmaß nachkommen, was nicht nur in der Imkerei zu schweren Problemen führt. Auch in der Landwirtschaft erbringen die Bienen durch ihre Bestäubungsleistungen einen finanziellen Nutzen von 14,6 Milliarden Euro in Europa. Vor diesem Hintergrund sehen die unterzeichneten Abgeordneten den dringenden Bedarf die Erfordernisse von Bienen und Landwirtschaft besser zu koordinieren. Wesentliche Basis des vorgelegten Maßnahmenpakets zum Bienenschutz bilden dabei konkrete Forderungen der Umweltschutzorganisation Greenpeace, welche die Ergebnisse ihrer Untersuchungen im Rahmen der Bienenschutzstudie „Plan Bee – Leben ohne Pestizide“ veröffentlicht hat. Die „Pflanzenschutzmittel“ Imidacloprid, Thiamethoxam, Clothianidin, Fipronil, Chlorpyrifos, Cypermethrin und Deltamethrin wurden in dieser Studie als besonders schädlich für Bienen und andere bestäubende Insekten ermittelt. Der stetig steigende Maisanbau ist für Bienen in mehrfacher Hinsicht hochproblematisch. So ist der Maispollen für Bienen wenig nahrhaft, was die Bienenvölker weniger widerstandsfähig macht. Hinzu kommt der hohe Dünge- und Spritzmitteleinsatz, der mit dem Maisanbau verbunden ist und dessen Auswirkungen für die Bienen auch in subletalen Dosen extrem problematisch ist. Gerade weil die Honigbiene mit der Varroamilbe bereits einen sehr starken Feind in der Natur hat, sind auch scheinbar kleinere gesundheitliche Schäden für diese Organismen äußerst gefährlich.

Deshalb ist es umso wichtiger, den Lebensraum der Bienen zu schützen, die Biodiversität zu stärken und insbesondere auch bei extensiv genutzten Flächen wie Wiesen darauf zu achten, dass nicht zu früh bzw. zu oft gemäht wird, und dass der Mähvorgang nicht innerhalb der Flugzeit der Bienen erfolgt.

Linz, am 13. April 2015

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Peutlberger-Naderer, Bauer, Pilsner, Baumgartner, Röper-Kelmayr, Müllner, Rippl, Affenzeller, Krenn, Eidenberger, Makor, Weichsler-Hauer, Promberger